

Meinungen zum Thema Energie und radioaktive Abfälle

Datenbasis:	1.003 Befragte
Erhebungszeitraum:	22. bis 24. April 2014
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	DAtF e. V.

Innerhalb der Europäischen Union verfolgt derzeit jedes Land seine eigene, unabhängige Energiepolitik, z. B. im Hinblick auf die genutzten Energiearten. 72 Prozent der Bundesbürger fänden es aber besser, wenn es in Zukunft eine einheitliche europäische Energiepolitik gäbe und nicht jedes Mitgliedsland seine eigene Energiepolitik verfolgen würde. 23 Prozent fänden dies nicht besser.

Bürger ab 60 Jahren, Arbeiter sowie Befragte mit Hauptschulabschluss sprechen sich noch häufiger als der Durchschnitt aller Befragten für eine einheitliche europäische Energiepolitik aus.

▪ Einheitliche europäische Energiepolitik?

	Es fänden besser, wenn es eine einheitliche europäische Energiepolitik gäbe	
	ja %	nein, wäre nicht besser *) %
insgesamt	72	23
Ost	71	23
West	73	23
18- bis 29-Jährige	67	27
30- bis 44-Jährige	68	28
45- bis 59-Jährige	71	24
60 Jahre und älter	80	15
Arbeiter	77	18
Angestellte	71	26
Beamte	74	26
Selbständige	71	23
Hauptschule	78	16
mittlerer Abschluss	75	19
Abitur, Studium	70	26
Anhänger der: CDU/CSU	75	22
SPD	76	21
Linke	68	27
Grünen	72	23
FDP	70	30

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Aufgrund der Vorgänge in der Ukraine befürchten manche, dass Russland die Erdgaslieferungen nach Europa und Deutschland einschränken oder einstellen könnte. Vor diesem Hintergrund meinen 40 Prozent der Bundesbürger, dass Deutschland seine energiepolitischen Ziele wie den beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie, die Verringerung des Abbaus der heimischen Braunkohle oder das Verbot der Erschließung von hier lagernden Erdgasvorkommen durch Fracking überdenken sollte. Die Mehrheit der Befragten (56 %) hält dies allerdings für nicht erforderlich.

Anhänger der Union und der FDP sind häufiger als die Anhänger der anderen Parteien dafür, dass Deutschland seine Ziele in der Energiepolitik überdenkt.

▪ Überdenken der energiepolitischen Ziele

	Deutschland sollte seine Ziele in der Energiepolitik überdenken	
	ja %	nein, nicht erforderlich *) %
insgesamt	40	56
Ost	44	48
West	39	57
18- bis 29-Jährige	37	55
30- bis 44-Jährige	40	57
45- bis 59-Jährige	37	60
60 Jahre und älter	43	51
Arbeiter	33	65
Angestellte	44	53
Beamte	24	72
Selbständige	27	68
Hauptschule	52	42
mittlerer Abschluss	43	54
Abitur, Studium	34	61
Anhänger der:		
CDU/CSU	42	55
SPD	34	59
Linke	29	69
Grünen	23	73
FDP	54	36

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Vor kurzem wurde vom Bundestag und Bundesrat eine Kommission zur Vorbereitung der Suche nach dem Standort für ein neues Endlager für radioaktive Abfälle eingesetzt. 56 Prozent der Bürger glauben, dass diese Kommission eine breite öffentliche Diskussion über die Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle in Gang bringen wird. Dass sie das Problem der Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle voranbringen wird, denken 43 Prozent der Befragten. 36 Prozent sind der Meinung, dass die Kommission grundlegend neue Erkenntnisse zur Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle gewinnen wird. Dass die Kommission den bisherigen Standort Gorleben aus dem weiteren Suchverfahren nach einem neuen Endlager ausschließen wird, glauben nur 28 Prozent der Bevölkerung.

Dass die Endlager-Kommission eine breite öffentliche Diskussion über die Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle anstoßen wird, glauben überdurchschnittlich häufig die unter 30-Jährigen. Bürger ab 60 Jahren glauben dies vergleichsweise selten.

▪ **Erwartungen an die Endlager-Kommission I**

Die neue Kommission zur Suche nach dem Standort für ein neues Endlager für radioaktive Abfälle wird...	insgesamt %	18- bis 29- Jährige %	30- bis 44- Jährige %	45- bis 60- Jährige %	60 Jahre und älter %
... eine breite öffentliche Diskussion über die Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle in Gang bringen.	56	76	55	56	44
... das Problem der Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle voranbringen.	43	41	46	41	44
... grundlegend neue Erkenntnisse zur Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle gewinnen.	36	37	37	36	35
... den bisherigen Standort Gorleben aus dem weiteren Verfahren ausschließen.	28	29	28	24	31

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Beamte haben geringere Erwartungen an die Endlager-Kommission als Arbeiter, Angestellte und Selbständige.

Dass die Kommission den bisherigen Standort Gorleben aus dem weiteren Suchverfahren nach einem neuen Endlagerstandort ausschließen wird, glauben überdurchschnittlich häufig die Arbeiter.

▪ **Erwartungen an die Endlager-Kommission II**

Die neue Kommission zur Suche nach dem Standort für ein neues Endlager für radioaktive Abfälle wird...	insge-*) samt %	Arbeiter %	Ange- stellte %	Beamte %	Selb- ständige %
... eine breite öffentliche Diskussion über die Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle in Gang bringen.	56	58	56	37	54
... das Problem der Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle voranbringen.	43	50	44	35	38
... grundlegend neue Erkenntnisse zur Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle gewinnen.	36	37	40	19	29
... den bisherigen Standort Gorleben aus dem weiteren Verfahren ausschließen.	28	42	27	16	28

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Bundesbürger mit einem Hauptschulabschluss glauben überdurchschnittlich häufig, dass die Endlager-Kommission das Problem der Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle voranbringen und grundlegend neue Erkenntnisse zur Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle gewinnen wird.

▪ **Erwartungen an die Endlager-Kommission III**

Die neue Kommission zur Suche nach dem Standort für ein neues Endlager für radioaktive Abfälle wird...	insgesamt %	Hauptschule %	mittlerer Abschluss %	Abitur / Studium %
... eine breite öffentliche Diskussion über die Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle in Gang bringen.	56	50	59	54
... das Problem der Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle voranbringen.	43	51	39	45
... grundlegend neue Erkenntnisse zur Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle gewinnen.	36	49	40	30
... den bisherigen Standort Gorleben aus dem weiteren Verfahren ausschließen.	28	28	30	27

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Anhänger der Linkspartei glauben seltener als die Anhänger anderer Parteien, dass die Endlager-Kommission das Problem der Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle voranbringen oder grundlegend neue Erkenntnisse zur Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle gewinnen wird.

Anhänger der SPD oder der Grünen sind überdurchschnittlich häufig der Meinung, dass die Kommission den Standort Gorleben aus der weiteren Suche nach einem neuen Endlagerstandort ausschließen wird.

▪ **Erwartungen an die Endlager-Kommission IV**

Die neue Kommission zur Suche nach dem Standort für ein neues Endlager für radioaktive Abfälle wird...	insgesamt %	Anhänger der:				
		CDU/CSU %	SPD %	Linke %	Grünen %	FDP %
... eine breite öffentliche Diskussion über die Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle in Gang bringen.	56	55	59	55	60	42
... das Problem der Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle voranbringen.	43	48	44	37	52	43
... grundlegend neue Erkenntnisse zur Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle gewinnen.	36	39	35	27	40	49
... den bisherigen Standort Gorleben aus dem weiteren Verfahren ausschließen.	28	28	39	30	35	10

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich